

Als letztes der krönende Abschluß: der Ministerpräsident hat das Wort.

De Maiziere, Ministerpräsident:

(Mit Beifall empfangen)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht gelingt es mir, die vorgegebene Zeit einzuhalten. In der Aussprache spielten Fragen nach Wirtschaft und Sozialem und besonders deren Verbindung eine Rolle. Sie wissen, daß dies Kernstück dessen ist, was unter dem Begriff Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zu verhandeln ist. Ich denke, daß wir hier schon einiges erreicht haben, nur wenn wir darauf hinweisen, daß eben die Bereitschaft entsteht, Löhne und Gehälter im Verhältnis von 1:1 umzuwandeln, immerhin in einem Land, wo bisher im Inland 1:4,65 galt.

(Beifall vor allem bei CDU/DA)

Ich will aber auf Einzelheiten - um von dem Schwarzmarkt gar nicht zu reden - nicht eingehen. Ich will aber auf Einzelheiten im Moment nicht eingehen, um nicht durch Geschwätzigkeit Verhandlungen zu gefährden.

Soviel nur in diesem Feld: Ich würde es auch begrüßen, wenn wir nicht nur eine Eröffnungsbilanz in D-Mark hätten, sondern auch eine Endbilanz in Mark. Ich denke, dann würde manche Forderung sehr viel bescheidener ausfallen ...

(Starker Beifall bei den Koalitionsparteien)

Ich will auf Fragen eingehen, die in der vorigen Woche gestellt wurden.

Kollege Dr. Gysi hat gemeint, daß die Frage der deutschen Einheit nicht in den europäischen Kontext in meiner Regierungserklärung eingeordnet gewesen sei.

Ich muß sagen, dies stimmt schlicht und ergreifend nicht. Ich habe mich geäußert zur klaren Festschreibung der Grenzen in Europa, und das Hohe Haus hat sich dazu bekannt. Wir haben von dem hohen Stellenwert der KSZE-Verhandlungen gesprochen, wir haben das Ziel eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems beschrieben, und wir haben uns - und das war keine Vergeblichkeit - eben nicht zu der NATO-Frage geäußert, sondern die Haltung bezogen, wie sie heute Herr Eppelmann bezogen hat. Unser Ziel ist keine Blockverschiebung, sondern eine Blocküberwindung.

(Beifall)

Wenn die Frage der Entmilitarisierung oder Abrüstung im Zusammenhang mit der Wehrpflicht gesehen wird, hat sich dazu auch Herr Eppelmann geäußert. Ich werde mich aber nicht von denen, die seinerzeit im Rahmen der Warschauer Vertragsordnung Verträge abgeschlossen haben, zur Vertragsbrüchigkeit zwingen lassen, indem wir davon ausgehen, die Wehrpflicht sei abzuschaffen.

(Beifall, vor allem bei den Koalitionsparteien)

Kollege Dr. Gysi sprach sich gegen die Anwendung des Artikels 23 aus. Das hat mich nicht verwundert, aber er hat sich damit gegen 75 Prozent der Wähler dieses Landes ausgesprochen, die ...

(Starker Beifall, vor allem bei der CDU - Poppe, Bündnis 90/Grüne: Der Artikel 23 gehörte überhaupt nicht zur Wahl!)

Alle Parteien der Allianz und die Liberalen und auch die mit der Koalition verbundenen haben sich zum Paragraphen 23 geäußert, Herr Poppe. Zumindest geht es dann aber gegen 55 Prozent, Herr Abgeordneter.

(Zuruf: Die Liberalen haben es auch nicht gesagt!)

Sie haben es wohl gesagt.

Ich greife eine Frage auf, die die Abgeordnete BIRTHLER stellte, Zweitklassigkeit. Und sie setzte sich auseinander damit, daß ich gesagt habe, ich wollte nicht, daß die Menschen sich so fühlen. Es ist sicherlich richtig, daß ich dort „seien“ meinte, aber es soll mir in Zukunft dennoch auch das Gefühl der Menschen wichtig sein.

(Beifall)

Wir müssen davon ausgehen, daß dies ein schwerer Weg werden wird, eben nicht zweitklassig sein zu wollen, wo wir bisher dritt- oder viertklassig waren.

(Starker Beifall, vor allem bei der CDU) - Poppe, Bündnis 90/Grüne: Das gilt vielleicht für die CDU!)

Ja, ja, danke.

Noch einmal zu der Frage des Artikels 23. Es handelt sich nicht, wie immer wieder behauptet wurde - und da möge man endlich mal in den Text reingucken -, um einen Anschluß, sondern um einen freiwilligen Beitritt, der zu vollziehen ist nach unseren Auffassungen, wenn alle inneren und äußeren Aspekte der Einigung vertraglich gesichert sind.

Da wird es dann, meine ich, auch nicht notwendig sein, ein Vertragskontrollorgan zu haben, abgesehen davon, daß ich davon ausgehe, daß auch Verträge in anderer Weise gesichert werden können, beispielsweise durch Registrierung bei der UNO. Das war es, danke.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Ich will Ihnen die Chance nicht verderben, noch auf drei Fragen schlagfertig zu antworten.

(De Maiziere: Ich wollte bloß in der Zeit bleiben.)

Das Klatschen, das Sie immer wieder unterbrochen hat, können wir ja nicht Ihnen zur Last legen.

M a r u s c h (DBD/DFD):

Herr Ministerpräsident! Unsere Fraktion hat in der vorigen Woche auch darauf hingewiesen: Wie steht die Regierung zur Abaggerung der Dörfer im Kohlenabbaugebiet?

De Maiziere, Ministerpräsident:

Dazu haben wir uns in der Regierungserklärung geäußert, daß wir davon ausgehen, daß der Einsatz von Braunkohle deutlich und drastisch gesenkt werden muß, insbesondere im Bereich der Energiegewinnung, um so die ökologischen, aber auch die landeskulturellen Schäden zu vermeiden. Das wird nicht von heute auf morgen gehen; wir haben ein Erbe übernommen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Jetzt hatte sich - aber nicht Sie, eigentlich jemand anders von der PDS gemeldet. Aber bitte einigen Sie sich! Einer darf von der PDS, und dann darf noch einer vom Bündnis 90/Grüne. Dann sind drei Fragen erschöpft.

Frau Ostrowski (PDS):

Herr Ministerpräsident, wann gedenken Sie die Position der Regierung zum Staatsvertragsentwurf der BRD dem Hohen Hause zur Debatte und zur Beschlußfassung vorzulegen?

(Heiterkeit bei CDU/DA)